

Hillary Clinton entkommt Strafverfolgung, Präsident Obama verlängert Kampfeinsatz in Afghanistan und „Black Lives Matter“ Bewegung spaltet die Nation

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 04. Juli bis 08. Juli 2016

(Is) In dieser Woche befasste sich die U.S.-amerikanische Presse mit der Empfehlung des FBI-Direktors James Comey, von einer Strafverfolgung Hillary Clintons nach der E-Mail Affäre abzusehen. Des Weiteren ging es um die Ankündigung von Präsident Barack Obama, den Einsatz von U.S.-Truppen in Afghanistan zu verlängern, und nach den diversen Schießereien steht die amerikanische Nation am Scheideweg zwischen Polizeigewalt und gewaltbereiten Demonstranten.

Die Kontroverse um Hillary Clintons Umgang mit als geheim eingestuften E-Mails zu ihrer Zeit als Außenministerin erreichte diese Woche ein neues Niveau. Der Direktor des FBI, James Comey, verkündete am Dienstag die Entscheidung der Behörde in der E-Mail Affäre um die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten. Nach eindringlicher Untersuchung sprach sich das FBI gegen die Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens aus. Die Behörde empfahl dem U.S. Department of Justice, die Geschehnisse als Fall von „extremer Fahrlässigkeit“ anzusehen und von weiteren rechtlichen Schritten abzusehen. Comey steht nach der Verkündung unter massivem Beschuss. Die Entscheidung der Behörde und insbesondere die mediale Verkündung seien „ungewöhnlich“, so die *Washington Post*. Die *LA Times* spricht weiter von der „Sonderbehandlung einer politischen Insiderin“ und wirft Comey gleichzeitig Befangenheit und mangelnde Integrität vor. Die *LA Times* weitet dies sogar zu einem gesamtpolitischen Problem aus und fordert schließlich den amerikanischen Kongress auf, den gesetzlichen Status Quo zu überarbeiten. Eine Regierung mit weniger Staatsgeheimnissen könne diese besser schützen und die von seinen Bürgern erhaltene Legitimität aufrechterhalten. Die *Chicago Tribune* bietet eine ganz andere Interpretation der Ereignisse an: Comey habe Clinton nicht von den Anschuldigungen befreit, sie stattdessen sogar öffentlich denunziert. Die Phrase „extrem fahrlässig“ sei von nun an ein Makel in ihrem Lebenslauf. Dies könne massiven Einfluss auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen im

November haben, wenn sich zeigen wird, ob die USA Hillary Clinton als Staatsoberhaupt trauen wollen.

Zum Antritt seiner zweiten Amtszeit versprach Präsident Barack Obama den Abzug aller U.S.-amerikanischen Truppen aus Afghanistan bis Ende 2014. Ende 2016 sollte die Präsenz der USA in Afghanistan lediglich der Rolle eines Botschafters gleichen. Am Mittwoch allerdings gab Präsident Obama in einer Pressekonferenz im Weißen Haus bekannt, die Präsenz der Militärtruppen sogar zu verstärken. Es sei „schwieriger einen Krieg zu beenden als ihn zu beginnen“ konstatierte Obama. Auch die *Chicago Tribune* stellt fest, dass nur ein politischer Wandel, eine politische und soziale Stabilität in Afghanistan selbst, zum Abzug der U.S.-amerikanischen Truppen aus dem Krisengebiet führen kann. Und dies sei erst möglich, nachdem die feindlichen Milizen, ob die Taliban, Al-Qaida oder der Islamische Staat, besiegt seien. So auch die Stimmen der *Washington Post*. Auch die *NY Times* befürwortet die Entscheidung der Obama Administration. Auf der anderen Seite sei dies aber auch eine „bittere Pille“, nicht nur für ihn als Friedensnobelpreisträger, sondern auch für den Rest des Landes, das ihm sein Vertrauen geschenkt hatte.

Am Dienstag brachten zwei Polizisten in Baton Rouge, Louisiana, Alton Sterling, einen 37-jährigen schwarzen Mann, zu Boden und erschossen ihn aus kurzer Distanz. Am Mittwoch zog ein Polizist in Minnesota Philando Castile, einen 34-jährigen schwarzen Mann, aus dem Straßenverkehr und erschoss ihn. Seine 4-jährige Tochter befand sich auf dem Rücksitz. Am Donnerstag wurden fünf Polizisten, die eine bis dahin friedliche Demonstration begleiteten, in Dallas erschossen, weitere sieben schwer verletzt. Es wurde viel über Rassismus in der amerikanischen Gesellschaft, Waffengesetze, Polizeibrutalität, Protestmärsche, Zeugenvideos, und Body-Cams diskutiert. Das Justizministerium wurde damit beauftragt, die Schüsse auf die beiden Männer zu untersuchen. Es spreche Bände, dass den lokalen Behörden nicht genug Vertrauen entgegengebracht werde, diese selbst zu untersuchen, so die *Washington Post*. Der Mord an Michael Brown, einem unbewaffneten schwarzen Teenager 2014 in Ferguson, rief heftigen Widerstand gegen Polizeigewalt in schwarzen Gemeinden hervor, der mit den Ereignissen dieses Sommers einen neuen Höhepunkt erreicht. Laut der *NY Times* war der Tod von Castile der 123ste Tötungsdelikt an Afro-Amerikanern durch Polizeigewalt allein in diesem Jahr. Aber nicht nur „black lives matter“ konstatiert die *Chicago Tribune*. Die Schießerei in Dallas sei ein Beispiel dafür, wie Problemlösung nicht funktioniere, nämlich Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen. Deshalb fordert die *Chicago Tribune*, genau wie die *Washington Post*, eine Umstrukturierung der lokalen

Polizeibehörden Die *LA Times* geht sogar eine Ebene höher. Sie hält eine Reform in den höchsten politischen Instanzen, für unumgänglich, um gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Aktivisten zu vermeiden.

Quellen:

www.washingtonpost.com

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.chicagotribune.com